



Nie weiter weg vom Deutschlandangebot Die Substanz der öffentlichen Mobilität geht verloren

Das Deutschland-Ticket

Mit der Einführung des Deutschland-Tickets hat die Branche erneut in Rekordzeit eine politische Maßnahme zur Entlastung der Bürger:innen umgesetzt. Dieses Ticket führt zu sinkenden Fahrgeldeinnahmen, die Bund und Länder von 2023 bis 2025 jährlich mit maximal 3 Mrd. EUR im Jahr ausgleichen. Bis heute ist es nicht gelungen, sicher zu stellen, dass diese Finanzmittel für den Zeitraum insgesamt zur Verfügung stehen.

Das Deutschland-Ticket ist ein Erfolg, wenn es nicht nur vorhandene Kund:innen als Stammkunden mit günstigeren Tickets weiter bindet, sondern neue Kundinnen und Kunden für den ÖPNV gewinnt. Das Ziel der Branche in 2024 bleiben auch deshalb 15 Millionen Deutschland-Ticket-Kund:innen. Dafür brauchen wir eine gemeinsame Kampagne des Bundes, der Länder und der Branche, insbesondere für das Job-Ticket Deutschland-Ticket und für Studierende.

Dieses Ziel werden wir vor allem dann erreichen, wenn es keine erneute politische und damit öffentliche Diskussion über die Existenz dieses Tickets gibt. Dazu haben Bund, Länder und Branche verschiedene Aufgaben. Die Branche hat mit der Einführung des Tickets und der Organisation des Ticketmanagements geliefert. Besonders die notwendige Einnahmeverteilungsregelung der nahen Zukunft macht aktuell die Arbeit der Branche gemeinsam aus.

Deshalb bitten wir nun den Bund:

- Eine schnelle Einigung innerhalb der Bundesregierung und rechtliche Verankerung hinsichtlich der sogenannten Überjährigkeit der Finanzmittel 2023 bis 2025 herzustellen.
- Die Co-Finanzierung des Deutschland-Tickets ab 2026 im RegG zu verankern, damit die Kund:innen sicher sein können, dass sie ihre Mobilität verlässlich mit dem Ticket dauerhaft umstellen können. Aufgabenträger, Verbünde und Verkehrsunternehmen brauchen diese Sicherheit auch. Denn nur dann können sie ihr Angebot und ihre Tarifangebote insgesamt leistungsstark auf das Deutschland-Ticket ausrichten.
- Eine Erklärung abzugeben, die eine Kürzung der Regionalisierungsmittel für 2023 und 2024 wie in den Haushaltsberatungen 2023 angekündigt von 350 Mio. EUR ausschließt.

Deshalb bitten wir nun die Bundesländer:

- Die Co-Finanzierung des Deutschland-Tickets ab 2026 gesetzlich vorzubereiten.
- Ihre ÖPNV-Gesetze mit einer Regelung zum Deutschland-Ticket für Aufgabenträger und Verkehrsunternehmen zu ergänzen.
- Die tatsächlichen Voraussetzungen für einen sachgerechten und unbürokratischen Übergang in die 3. Stufe der Einnahmeverteilung ab dem Jahr 2026 zu schaffen.
- Mit der Branche gemeinsam eine digitale Datenerhebung für die Evaluierung und damit für die Einnahmeverteilung zu entwickeln.

Die öffentliche Mobilität insgesamt

Diese Maßnahmen für das Deutschland-Ticket tragen nicht dazu bei, die prekäre Situation der öffentlichen Mobilität zu lindern. Sie tragen nur dazu bei, dass das Deutschland-Ticket diese Situation nicht verschlechtert.

Die Kosten bei Trassenpreisen, Energie, Fahrzeugen und Personal steigen weiterhin massiv. Die regulatorischen Pflichten zu Mehrinvestitionen wie durch die Clean Vehicle Directive führen zu zusätzlichen Belastungen der Verkehrsunternehmen mit Bussen. Gleichzeitig sind notwendige Förderprogramme gestrichen oder reduziert worden. Bereits heute werden Leistungen des ÖPNV für die Kundinnen und Kunden bundesweit reduziert und Abbestellungen im SPNV ab 2026 angekündigt.

Ziel der Verkehrspolitik war es neben dem Deutschland-Ticket ein Deutschlandangebot zu schaffen. Von diesem Ziel sind wir weit weg. Längst kämpfen die Aufgabenträger und Verkehrsunternehmen um den Erhalt des Angebots und den Erhalt vorhandener, oft veralteter Infrastruktur. Statt Ausbau und Modernisierung des deutschen ÖPNV haben die Unternehmen den bestehenden Mangel zu verwalten. Unsicherheiten wie die unerledigte Novellierung des Straßenverkehrsrechts und des Bundesschienenwegeausbaugesetzes kommen hinzu.

Deshalb bitten die unterzeichnenden Institutionen der öffentlichen Mobilität Bund und Länder darum, sich neben den Aufgaben im Kontext der dauerhaften Sicherstellung des Deutschland-Tickets auch der Sicherstellung der öffentlichen Mobilität insgesamt in diesem Jahr mit der kommenden Verkehrsministerkonferenz und im Dialog mit dem Bundesverkehrsminister- und Bundesfinanzminister zu widmen und Ergebnisse zu erzielen. Die Branche steht für den dafür notwendigen Dialog und die Umsetzung von Ergebnissen in konkreten Maßnahmen bereit.